
13. Januar 2018

Fränkischer Bund e.V. * Postfach 100345 * 95403 Bayreuth

An den
designierten Ministerpräsidenten,
Finanz- und Heimatminister
Dr. Markus Söder

Straßenausbaubeiträge und Franken

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Söder,

wir freuen uns sehr, dass Sie als Franke in absehbarer Zeit unser Ministerpräsident werden.

Auch sind wir überzeugt, dass Ihnen als amtierender Finanz- und Heimatminister einleuchtet, dass die Erhebung der Beiträge auf Basis der Straßenausbaubeitrags-satzungen (Strabs) die Bürger in Franken und im ländlichen Raum generell benachteiligt. Denn Strabs-Beiträge müssen z.B.

* **97 % in Unterfranken**, aber nur

* 39 % in Niederbayern und

* **0 % in München** zahlen.

Diese ungerechte (fränkische) Sondersteuer fällt demnach praktisch für das **Pech an, in einer armen -häufig fränkischen- Gemeinde** zu wohnen. Sie sorgt daher für viel Unfrieden.

Als Finanzminister wissen Sie sicherlich, dass das Bundesland Bayern in den letzten Jahren nahezu **1 Milliarde Euro an Schulden pro Jahr getilgt** hat. Von daher leuchtet Ihnen sicher ein, dass es die ca. 60 bis 150 Millionen Euro pro Jahr an Strabs-Beiträgen nicht wert sind, die Existenz armer, insbesondere älterer Bürger auf

dem Lande zu bedrohen (zumal auf dem Land mit Eigenheimquoten bis zu 90 % ziemlich alle Bürger betroffen sind) und dass eine staatliche Gegenfinanzierung grundsätzlich problemlos machbar wäre.

Aber auch als Heimatminister ist Ihnen sicherlich klar, dass die Strabs-Beiträge eigentlich die **Ziele des Heimatministeriums untergraben**. Denn der ländliche Raum wie z.B. in den fränkischen Mittelgebirgen ist bereits jetzt von Hausleerstand, Überalterung und Infrastrukturproblemen geprägt. Junge Menschen zieht es immer mehr in den Ballungsraum. Immobilien auf dem fränkischen Dorf sind teilweise praktisch wertlos und unverkäuflich, so dass auch das Erbe immer häufiger ausgeschlagen wird, was durch die drohende Gefahr von Strabs-Beiträgen noch verschärft wird. So werden z.B. die positiven Effekte Ihrer Stabilisierungshilfen langfristig wieder zunichte gemacht.

Aufgrund der Immobilienentwicklung Richtung Wertlosigkeit auf dem Land ist die **Annahme werterhöhender Immobilienfaktoren** durch Straßenausbau schlichtweg nicht mehr gegeben. Umgekehrt spielt auch in München bei den Immobilienwerten in immer schwindelerregenderen Höhen der Straßenzustand keine Rolle mehr, die Grundannahme für die Einführung der Strabs in den 1970ern ist somit weggebrochen.

Mit Verlaub, aber die derzeitige Forderung der CSU-Fraktion nach einer Strabs-**Kann-Regelung** wird das Problem nicht lösen. Denn gerade auf Basis der bis 2015 geltenden Kann-Regelung im KAG wurden eben z.B. die 97 % der unterfränkischen Gemeinden im Rahmen der Kommunalaufsicht zur Strabs-Einführung gezwungen.

Sie haben als Gestalter bereits z.B. mit Stabilisierungshilfen und der "Nordbayerninitiative" bewiesen, wie der ländliche (fränkische) Raum gefördert werden kann. **Bitte ergreifen Sie 2018 bei der Strabs-Abschaffung die Initiative** und machen das zu Ihrem Thema!

Mit fränkischen Grüßen

Joachim Kalb
1. Vorsitzender